



Nichtamtlicher Theil.

Zur Budgetberathung.

Die Budgetcommission des Herrenhauses hat auch diesmal, wie in den letzten Jahren, sofort nach ihrem Wiederzusammenritte Sachreferenten für die einzelnen Abschnitte des Staatsvoranschlags für das Jahr 1877 bestellt und zugleich einen Generalberichterstatler mit der Aufgabe betraut, den Budgetverhandlungen des Abgeordnetenhauses zu folgen und hiedurch eine bei aller Gründlichkeit raschere Berathung der Regierungsvorlage im Schoße der Commission zu ermöglichen. Der Berichterstatler der Commission ist wie seit vielen Jahren auch diesmal Freiherr v. Winterstein. Dem diesjährigen Berichte ist eine sehr übersichtliche Tabelle beigegeben, welche eine Vergleichung der Anträge der Budgetcommission des Herrenhauses in betreff des Budgets pro 1877 mit dem von der Regierung vorgelegten Budget für dieses Jahr und mit der Bewilligung pro 1876 enthält. Der von der Commission erstattete Bericht lautet:

Nach der Regierungsvorlage resultiert — bei Vergleichung des Erfordernisses mit der Bedeckung — ein unbedeckter Abgang von 26.631,262 fl., welcher hinter dem für 1876 angenommenen Deficit per 30.604,138 fl. um nahezu vier Millionen Gulden zurückbleibt; hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß unter den für 1877 veranschlagten Einnahmen zwei Millionen Gulden „aus der Liquidation der Central-Activen“ und 230,000 Gulden „aus der Veräußerung vom Staatsvermögen“ eingestellt sind, wie in den Vorjahren, auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1867 die zur Tilgung von Staatsschulden im Jahre 1877 erforderliche Summe durch den Verkauf von Obligationen der Noten- und Silberrente aufgebracht werden soll, und daß endlich abermals die Veräußerung von Obligationen des Studienfonds (1.700,000 fl.) in Aussicht genommen wird. Hierzu kommt noch, daß, abgesehen von in Aussicht gestellten Nachtragsforderungen für mehrere Etats, die Credite für den Eisenbahnbau auch diesmal wie im Budget für das Jahr 1876 keinen Bestandtheil des Staatsvoranschlags ausmachen, sondern in einem Specialgesetze, und zwar in der Höhe von 6.000,000 fl., von der Regierung verlangt werden.

In formeller Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Regierungsvorlage von dem Staatsvoranschlage für 1876 nur durch die Umstellung der Erforderniskapitel V (Ministerrath) und VI (Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten) und durch eine genauere Specialisierung des Erforderniskapitels XXVIII (Ackerbauministerium).

Der von der Regierung eingebrachte Voranschlag ist von dem andern Hause mannigfachen Modificationen unterzogen worden.

Die Budget-Commission hat die Abänderungsbeschlüsse des andern Hauses eingehend geprüft und glaubt in schuldiger Würdigung der ungünstigen Finanzverhältnisse nach reiflicher Erwägung, denselben beitreten zu können, nachdem auch die hohe Regierung bei den Verhandlungen gegen dieselben keine Einwendung erheben zu wollen erklärte.

Dem gegenwärtigen Berichte sind kurze, nach Ministerien geordnete Nachweisungen über die in den einzelnen Abschnitten des Bedeckungs- und des Erfordernis-Präliminaries beantragten Aenderungen beigegeben. Weitere Aufklärungen, wenn solche erforderlich sein sollten, werden von dem Berichterstatler mündlich gegeben werden. Ferner liegt ein vergleichendes Tableau bei, aus dem die Unterschiede zwischen den für das 1876 bewilligten und für das Jahr 1877 beantragten Summen ersichtlich sind. An dieser Stelle mögen nun folgende Bemerkungen Platz finden:

Im Erfordernistheile veranlaßte die in den letzten Monaten eingetretene Steigerung des Silberpreises zu einer Erhöhung des präliminirten Silbermünzverlustes von 3 Prozent auf 10 Prozent. Dieselbe erscheint theils durch Erhöhung einzelner Münzverlustposten auf 5 Prozent, theils durch die Einstellung einer Summe von 2.781,390 fl. in den Voranschlag des Finanzministeriums (allgemeine Kasernenverwaltung, Münzverlust) durchgeführt. Ob der nunmehr dem ganzen Budget zugrunde liegende Münzverlust von 10 Prozent den Silbermarkt-Verhältnissen des Jahres 1877 entsprechen wird, kann, namentlich im Hinblick auf die Erfahrungen, welche in der letzten Zeit bezüglich der Courschwankungen gemacht wurden, mit Bestimmtheit nicht behauptet werden. Der Vermehrung des Erfordernisses stehen nicht unbeträchtliche Herabminderungen der Ausgabenposten gegenüber; so wurden insbesondere die Credite für noch nicht angefangene Neubauten in Wegfall gebracht; ferner die im Voranschlage des „Cultus“ durchgeführte Erhöhung der Congrua katholischer Seelsorger — bei dem Umstande, als die Gesetzesvorlage, welche diese Erhöhung zum Gegenstande hat, noch nicht berathen ist — eliminiert; hingegen zu diesem Zwecke, wie im laufenden Jahre, der Pauschalbetrag von 600,000 fl. eingestellt. Ungeachtet dieser und mancher anderer Reductionen ist es, wie aus der obigen Zifferngruppierung hervorgeht, nicht gelungen, die Gesamt-Erfordernissumme auch nur auf das Niveau des Regierungsantrages herabzumindern, was aus der wenig compressiblen Natur der Ausgaben erklärlich, bei der ungünstigsten Lage der Staatsfinanzen aber doppelt empfindlich ist.

Im Bedeckungstheile, der von der Regierung mit gebotener Vorsicht entworfen wurde, erschien es mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse rathsam, die Einnahmeposten den letztausgewiesenen Ergebnissen möglichst nahe zu bringen. So wurden die Einnahmen aus dem Postgefälle (um 400,000 fl.), aus den Montanwerken (um

342,650 fl.) und andere reducirt, wodurch die oben angegebene Gesamt-Herabminderung sich ergiebt.

Zur Deckung des Deficits soll — nach Artikel VIII des von der Regierung eingebrachten Finanzgesetz-Entwurfes — „durch eine besondere Credit-Operation“ vorgesorgt werden. Das andere Haus hat diese Credit-Operation dahin bestimmt, daß „Obligationen der auf Grund des Gesetzes vom 18. März 1876 (R. G. Bl. Nr. 35) geschaffenen, in Gold verzinslichen Rente zu begeben, eventuel, so lange diese Begebung nicht stattgefunden hat, die nöthigen Beträge im Wege einer schwebenden Schuld zu beschaffen“ sind. — Da die Erfahrungen der jüngsten Zeit zur Hoffnung berechtigen, daß das mit dem citirten Gesetze ins Leben gerufene österreichische Rentenpapier auf dem europäischen Geldmarkte Beliebtheit in steigendem Maße gewinnen werde, da es anderseits der Regierung überlassen bleiben muß, unter ihrer Verantwortlichkeit den rechten Zeitpunkt für die günstigste Begebung dieses Papiers wahrzunehmen, zu welchem Zwecke für eine eventuelle provisorische Geldbeschaffung vorgezogen werden muß, so läßt sich gegen die von dem Abgeordnetenhause beschlossene Modification des Artikels VIII keine Einwendung erheben. Die übrigen Abänderungen des Finanzgesetz-Entwurfes sind nicht wesentlicher Art; der Erwähnung bedarf nur ein Zusatz zu Artikel VI, wodurch der im Finanzgesetze für 1876 bewilligte Credit für die Rarenta-Regulierung, sowie die im gleichen Gesetze für 1875 bewilligten Credite für die Bankherstellungen im Statthalterei Gebäude zu Lemberg und für Neubauten für die politische Verwaltung bis Ende 1878 verwendbar gemacht werden.

Die Budget-Commission erlaubt sich, unter Hinweisung auf die obigen Erörterungen, den Antrag zu stellen:

„Das hohe Haus wolle dem Finanzgesetze und dem Staatsvoranschlage für das Jahr 1877 nach dem anruhenden, von dem Abgeordnetenhause angenommenen Entwurfe die verfassungsmäßige Genehmigung ertheilen.“

Die „Maros“-Affaire und die österreichische Presse.

Der neueste Zwischenfall mit dem Donau-Monitor „Maros“ ist beigelegt; der österreichisch-ungarischen Flagge ist seitens der kaiserlich-serbischen Regierung die vollste Genugthuung zutheil geworden, und es wird wohl nicht erst des permanenten Warnungszeichens, das in den in der Savemündung stationirten Donau-Monitors liegt, bedürfen, um die österreichisch-ungarische Flagge für alle Zukunft gegen ähnliche Insulten sicherzustellen. Wenn die „Pol. Corr.“ in ihrer letzten Nummer mit einigen Worten noch auf diesen Zwischenfall zurückkommt, so geschieht dies, wie sie versichert, einzig und allein zu dem Zwecke, um mit lebhaftester Befriedigung es zu verzeichnen, daß in einer Frage, in der die Ehre

Feuilleton.

Der Fremdenverkehr in Oesterreichs Alpenländern.

Von Franz Freiherrn v. Wrbach.

III.

Es ist leider eine allbekannte Thatsache, daß es in unserem lieben Oesterreich im allgemeinen recht theuer zu leben ist. Davon machen selbst unsere östlichen Völker, in welchen die Lebensmittel theilweise noch recht billig sind, nicht nur keine Ausnahme, sie sind vielmehr, was die Behandlung von Reisenden anbelangt, wahre Muster einer förmlich ausgebildeten Ausbeutung, welche in der Kunst, für möglichst schlechte Leistungen die unverschämtesten Anforderungen zu machen, es zur vollkommensten Virtuosität gebracht hat. Dorthin bewegt sich wol nur der Fuß desjenigen, welchen Berufs- oder andere Pflicht dahin zu gehen zwingt. Vor Vergnügungsreisenden sind diese Länder wol ganz sicher. Es ist aber immerhin ein sauler Fleck in unseren Zuständen, daß der Berufsreisende solchen Attaquen auf seine Börse schutzlos ausgezsetzt ist. Die Ursachen dieser Erscheinungen liegen in fast allen Ländern unserer Gesamtmonarchie theils im Unverständnisse ihrer Bewohner für ihr eigenes Interesse, theils in übermäßiger Gewinnsucht. Eine Ausnahme von diesem Zustande ist in erfreulicher Weise in Tirol wahrnehmbar. Dahin ist auch gegenwärtig der Fremdenzug vorzugeweise gerichtet, und es

waren ungeachtet der ungünstigen Zeitverhältnisse, die sich auch in anderen Staaten nicht minder empfindlich machen, wie bei uns, alle Centralpunkte des Fremdenbesuches im abgelaufenen Sommer zeitweise derart überfüllt, daß die vorhandenen Unterkünfte für weitere Aufnahmen nicht mehr ausreichten.

Die eben gemachte Bemerkung, sowie alle weiteren folgenden Auseinandersetzungen über Tirol beziehen sich lediglich auf den deutschen Theil dieses Landes, weil der südliche, italienische Theil desselben wegen der großen Sommerhitze, vor welcher selbst die dort Einheimischen in kühlere Gegenden flüchten, weniger besucht wird.

Bevor ich in die Erörterung der in den Landesverhältnissen begründeten Ursachen des sich mehrenden Fremdenverkehrs in Tirol eingehe, will ich noch die Beantwortung einer Frage vorausschicken, die von mancher Seite aufgeworfen wird, der Frage nämlich, ob es denn wirklich ein Vortheil ist, daß so viele Fremde (der überwiegenden Mehrzahl nach Ausländer) unsere Alpenländer besuchen? Ob, wenn dies auch in materieller Beziehung nicht in Zweifel gezogen werden dürfte, nicht der politische oder sociale Nachtheil etwa überwiege?

Es gibt Leute, und ihre Zahl ist nicht gering, welche es als ein Unglück ansehen, daß das Volk unserer Alpenländer durch die stärkeren Berührungen mit Fremden aus seinem bisherigen Zustande gerückt, in seiner politischen und sittlichen Haltung geschädigt werden könne.

Wenn ich dem Standpunkte dieser Leute eine Berechtigung zuerkennen dürfte, so müßte ich allerdings vor solcher Gefahr selbst den größten materiellen Gewinn in den Hintergrund gestellt sein lassen.

Ich kann aber diesen Standpunkt nicht theilen, weil ich die Ueberzeugung habe, daß die noch sehr geringe Bildung der Bevölkerung unserer Gebirgsländer (die leider noch spärlich vertretenen intelligenteren Elemente ausgenommen) durch den stärkeren Verkehr mit gebildeten Menschen nur gewinnen kann. Dort, wo die Bevölkerung sittlich nicht verborben ist, wird ihre Sittlichkeit durch den Umgang mit verständigen Menschen aus den besseren und besten Klassen der Gesellschaft nicht leiden. Dort aber, wo ihr sittlicher und ethischer Charakter Schaden genommen hat, kann sie durch diesen Umgang nur besser werden.

Es ist namentlich der in diesen Ländern durch vielfältige natürliche und sociale Verhältnisse erschwerte Fortschritt in der Kultur, dem die vermehrten Berührungen mit gebildeten Elementen des In- und Auslandes ganz besonders zugute kommen. — Mag der Schädel unseres Gebirgsbewohners noch so hart, sein Charakter noch so zäh sein, er unterliegt wider seinen Willen den Eindrücken von Ideen und Sitten, die der Fremde aus den Stätten der Kultur mitbringt, und schneller, als es auf jedem anderen Wege möglich ist, vollzieht sich eine Wandlung in kultureller Richtung. Denn die Kultur ist wie das Wasser, das sich über alle tieferen Stellen ergießt und auch Dämme durchbricht, die seiner Gewalt nicht widerstehen können.

Die politische Haltung dieser Bevölkerung halte ich für so correct, daß sie durch Ausländer, von welchen sich etwa der eine oder der andere herausnehmen mag, österreichische Zustände zu tabeln, nicht wankend gemacht werden kann. Ich habe überhaupt in dieser Beziehung

der Gesamtmonarchie angefaßt worden, dies wie jenseits der Leitha die hervorragenden Repräsentanten der öffentlichen Meinung sich darüber in vollster Uebereinstimmung befanden, daß die Insulte abgewehrt und die Provocation selbst um den Preis einer Conflagration zurückgewiesen werden müsse. Mochten auch einzelne Stimmen hier wie jenseits der Leitha in ihren diesfalls gestellten Forderungen weiter gehen, als es der Vorfall an sich und in weiterer Folge die Staatsraison als nothwendig erkennen ließen, dieser Ueberseher entsprang ausschließlich Motiven lautersten Patriotismus, den man mit ernstester Genugthuung verzeichnen konnte, ohne ihm deshalb folgegeben zu müssen. Nur von einer Seite suchte sich in dieser harmonischen Uebereinstimmung der ungarischen mit der gesammten deutschen, polnischen, italienischen Presse ein Miston zu mischen; er ging von der czechischen Presse aus.

In Prag brachte man der „Maros“-Affaire eine eigenartige Auffassung entgegen; wir wollen sie nicht charakterisiren — schreibt die „Pol. Corr.“ — sondern einfach von einigen Stimmen jener Organe, die sich als „Sr. Majestät allezeit getreue Opposition“ ausgeben, Notiz nehmen. Die Charakteristik ergibt sich dann von selbst. So begegnen wir in der in Prag erscheinenden „Politik“ vom 22. d. M. in der Abendausgabe einem wiener Briefe, der „die Schuld einzig und allein in dem Verhalten des Capitans des „Maros“ findet, der, falls er nicht auf höheren Auftrag gehandelt hat, ohne weiters vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte; er war es, der sich einen Friedensbruch zuschulden kommen ließ.“ Und im Hauptblatte vom 23. d. M. heißt es in einem Artikel wiederum wörtlich: „Serbien hat das Recht, Satisfaction zu fordern. Wären die ungarischen Monitors kriegstüchtiger, dann hätten die Herrschaften in die Residenz des Fürsten Milan und nicht in ihre eigenen Füße hineingepfeffert. So stehen die Verhältnisse — und je auffallender dieses ganze Auftreten ist, desto unbegreiflicher ist für uns die Haltung des Fürsten Milan und des Ministeriums Ristić.“

Die „Moravská Orlice“ (Brünn) constatirt nicht ohne Hohn, es werde in Wien und Pest gegen die Serben zum Sturme geblasen.

„Ech“ warnt Oesterreich und Ungarn vor Heereien und allfälligen Experimenten gegen Serbien, betonend, daß letztere nie für Ungarn glücklich und vorthellhaft endigen würden.

Der „Brouzet“ allarmirt die Leser mit den Worten: „Oesterreichische Kanonen beschließen Belgrad.“

Die „Narodni Listy“ endlich geben Oesterreich unter ironischer Hülle den wohlmeinenden Rath, auf seine „Granaten“ wohl acht zu haben, damit dieselben nicht wieder großes Unglück anrichten; und in der darauffolgenden Nummer fährt das letztgenannte Blatt fort, die „Hege“ gegen Serbien zu brandmarken und als ein verblendetes Treiben zu bezeichnen. . . . Wir glauben uns mit diesen Stichproben aus der czechischen Presse begnügen zu können, ohne dieselben noch weiters zu würdigen. —

Ueber die großen Schwierigkeiten, denen die Bildung des neuen serbischen Ministeriums begegnet, telegraphirt man der „Pol. Corr.“ unterm 26. d. aus Belgrad:

„Die Bildung des neuen Cabinets begegnet großen Schwierigkeiten. Es cursirt folgende Ministerliste: Ministerpräsidium Marinović; Aeußeres Zulić; Inneres Nikola Kristić; Cultus Philipp Kristić; Krieg General Protić; Finanzen Mijatović; Communicationen Oberst Zovanović. Es ist aber keineswegs ausgemacht, daß das

neue Cabinet auch wirklich in der angegebenen Weise gebildet werden wird.

Nachdem die den österreichisch-ungarischen Dampfer „Radeky“ betreffende Affaire commissionell befriedigend erledigt und auch die wegen der Angriffe auf den Monitor „Maros“ von Oesterreich-Ungarn geforderte Satisfaction in feierlicher Weise geleistet wurde, anerkennt die serbische Regierung und das serbische Volk mit Dankbarkeit die Mäßigung, mit welcher das k. und k. Gouvernement bei seiner Satisfactionsforderung vorgegangen ist, und wird sicherlich das diesseitige Bestreben darauf gerichtet sein, diesen dankbaren Gesinnungen durch ein entsprechendes künftiges Verhalten thatsächlichen Ausdruck zu geben.

Marinović weilt noch immer in St. Petersburg und wird voraussichtlich erst mit dem Staatsrath Jonin von dort abreisen.“

Die türkische Verfassung.

Zur Erläuterung der am 23. d. M. in Konstantinopel feierlich proclamirten türkischen Verfassung hat der türkische Minister des Aeußeren, Saffet Pascha, nachstehendes Rundschreiben an die Vertreter der Pforte im Auslande gerichtet:

Konstantinopel, 23. Dezember.

„Die von Sr. kaiserlichen Majestät dem Sultan seinen Völkern verliehene Constitution wurde heute auf der hohen Pforte unter großer Feierlichkeit, in Anwesenheit der Minister, sämtlicher Staatswürdenträger, der religiösen Autoritäten und inmitten einer herzugeströmten begeisterten Volksmenge verkündet.

Die Hauptgrundzüge dieser Verfassung sind folgende: Untheilbarkeit des ottomanischen Reiches; der Sultan, als oberster Khalif und Beherrscher aller ottomanischen Unterthanen, ist unverantwortlich und unverleßlich; seine Prerogative sind jene der constitutionellen Herrscher des Occidents; die Unterthanen des Reiches werden unterschiedslos Ottomanen genannt; ihre persönliche Freiheit ist unverleßlich und durch die Gesetze verbürgt.

Der Islam ist die Staatsreligion; es wird jedoch die freie Ausübung aller anerkannten Glaubensbekenntnisse gewährleistet, sowie die religiösen Privilegien der Kirchengemeinschaften aufrechterhalten bleiben; in der Verfassung ist keine Bestimmung enthalten, welche den staatlichen Institutionen einen theokratischen Charakter ausprägen würde.

Freiheit der Presse, Versammlungsrecht, Petitionsrecht für alle Ottomanen bei beiden Kammern, Unterrichtsfreiheit, Gleichheit aller Ottomanen vor dem Gesetze, gleiche Rechte und gleiche Pflichten gegen das Land, Zulassung zu allen öffentlichen Aemtern ohne Unterschied der Religion, gleichmäßige Vertheilung der Steuern und Abgaben, Garantie des Eigenthums; niemand kann seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Der Ministerrath beräth unter dem Vorsitze des Großveziers; jeder Minister ist für die Führung der Geschäfte seines Departements verantwortlich; die Deputiertenkammer kann begehren, daß die Minister in Anklagestand versetzt werden; ein oberster Gerichtshof wird errichtet, um sie abzuurtheilen; im Falle eines dem Ministerium feindseligen Votums der Deputiertenkammer in einer wichtigen Frage wechselt der Sultan die Minister oder löst die Kammer auf; die Minister können den Sitzungen der beiden Kammern beiwohnen und darin das Wort ergreifen; es können an sie Interpellationen gerichtet werden.

Die nach Maßgabe der durch das Gesetz festgestellten Bedingungen ernannten öffentlichen Würdenträger können

ohne gesetzlichen und berechtigten Grund nicht abberufen werden; die Verantwortlichkeit der Functionäre wird durch gesetzliche Befehle, welche sie etwa von einem Vorgesetzten empfangen hätten, nicht aufgehoben.

Die Generalversammlung der Ottomanen besteht aus zwei Kammern, dem Senat und der Deputiertenkammer, welche am 1. November jedes Jahres zusammentreten und deren Session vier Monate dauert. Bei Eröffnung jeder Session wird eine Botschaft des Sultans an die beiden Kammern gerichtet; die Mitglieder der beiden Kammern sind frei in ihren Abstimmungen und der Abgabe ihrer Meinungen; das imperative Mandat ist nicht zulässig; die Gesetzes-Initiative gebührt in erster Linie dem Ministerium, dann den Kammern in Form eines Vorschlages; die Gesetze werden zuerst der Genehmigung der Deputierten, dann dem Senat, schließlich der kaiserlichen Sanction unterbreitet.

Auf hunderttausend Einwohner entfällt ein Deputierter. Die Wahl findet mittelst geheimen Scrutiniums statt; das Deputiertenmandat ist unvereinbar mit öffentlichen Functionen; die allgemeinen Deputiertenwahlen finden alle vier Jahre statt; die Abgeordneten sind wieder wählbar; im Falle der Kammerauflösung finden die allgemeinen Wahlen statt, und die neue Kammer tritt sechs Monate nach dem Auflösungstage zusammen. Die Sitzungen der Deputiertenkammer sind öffentlich; die Deputierten können während der Dauer einer Session ohne Ermächtigung der Kammer weder verhaftet noch gerichtlich verfolgt werden. Die Kammer votirt die Gesetze nach Artikeln und das Budget nach Kapiteln.

Die Richter sind unabsetzbar. Die Gerichtssitzungen finden öffentlich statt. Die Vertheidigung ist frei; die Urtheile können veröffentlicht werden; in die Handhabung der Gerechtigkeit ist keine Einmischung gestattet; die Befugnisse der Gerichte werden genau umschrieben werden. Ausnahmsgerichte und Commissionen sind untersagt. Eine Staatsanwaltschaft wird errichtet.

Der Gerichtshof, welcher zur Aburtheilung über die Minister, die Mitglieder des Cassationshofes und die des Verbrechens der Majestätsbeleidigung oder eines Attentats gegen den Staat angeklagten Personen zu berufen ist, wird aus den höchsten Spitzen der Justiz und Verwaltung zusammengesetzt. Keine Steuer kann anders als kraft eines Gesetzes eingeführt oder erhoben werden. Das Budgetgesetz wird zu Beginn einer jeden Session und nur für ein Jahr votirt. Der definitive Budget-Rechnungsabluß für das abgelaufene Jahr wird der Deputiertenkammer in Gesetzesform unterbreitet.

Der Rechnungshof richtet jedes Jahr an die Deputiertenkammer einen Bericht über die finanzielle Verwaltung und alle drei Monate an den Sultan eine Darlegung des Standes der Finanzen. Die Mitglieder des Rechnungshofes sind unabsetzbar. Eine Amtsentziehung kann nur auf Beschluß der Deputiertenkammer stattfinden.

Die Provinzialverwaltung wird auf Grundlage der breitesten Decentralisation erfolgen. Die gewählten Generalräthe berathen und überwachen die Angelegenheiten der Provinz; jeder Canton wird einen von jeder der verschiedenen Gemeinschaften zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten gewählten Rath haben.

Die Gemeinden werden durch gewählte Municipalräthe verwaltet. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Die Auslegung der Gesetze steht, je nach deren Natur, dem Cassationshofe, dem Staatsrathe oder dem Senat zu.

Die Verfassung kann nur auf Initiative des Ministeriums oder einer der beiden Kammern und nur durch ein Votum beider Kammern, welches mit der Majorität von zwei Dritteln der Stimmen abgegeben und vom Sultan genehmigt wird, abgeändert werden.

Dieses große Ereignis ist danach angethan, das Land zu regenerieren und die glücklichsten Ergebnisse für alle Völkerschaften der Türkei herbeizuführen.“

Das Pronunciamento in Mexiko.

Ueber die Schilderhebung des Generals Porfirio Diaz in Mexiko bringen amerikanische Blätter jetzt folgende nähere Details: Wie schon erwähnt, schlug Porfirio Diaz am 16. Nov. die Regierungsmarine unter General Alatorre bei Huamantla aufs Haupt. Am 18. November fiel Puebla insolge einer Meuterei der Truppen zugunsten von Diaz. Auf die Nachricht hiervon flüchtete der Präsident der Republik, Lerdo de Tejada, mit seiner Regierung am 21. Nov. aus der Hauptstadt, begleitet von etwa 1000 Mann. Er begab sich nach Morelia, wo er, Juarez nachahmend, die Aufrechterhaltung der constitutionellen Regierung zu bewerkstelligen suchte. Sein Zug bestand aus 16 Wagen, 100 Thieren aller Art und einer Kasse von etwa einer halben Million Dollars. Aber sein Gefolge begann zu desertieren, und am dritten Tage hatte er nur noch 300 Mann. Bevor der Präsident die Hauptstadt verließ, stellte er Tagle, einen Anhänger des Diaz, als Gouverneur des Districts an und ernannte Debrío, der gleichfalls ein Anhänger des Diaz ist, zum Präsidenten des Stadtraths. Vollständige Ordnung herrschte während des Interregnums in der Stadt. General Diaz nebst seinem Stabe zogen am 23. Nov. unter dem Jubel des Volkes in die Hauptstadt ein. — General Diaz erklärte, daß die Situation es erheische, daß er sich zum

bei Ausländern im allgemeinen viel mehr richtigen Takt wahrgenommen, als ich ihn leider bei manchen unserer eigenen Landsleute zu beobachten Gelegenheit hatte. — Namentlich in diesen Theilen unseres Staates ist ein patriotischer Sinn seit Jahrhunderten so tief in den Charakter des Volkes eingedrungen, daß eine Gefahr für denselben wol nicht zu besorgen ist.

Das Volk hat auf derlei Besorgnisse übrigens schon selbst geantwortet, indem es, trotz der schon seit vielen Jahren stattfindenden Berührungen mit den Fremden, so wie an allen seinen Eigenheiten, auch an der tief eingewurzelten Frömmigkeit festhält, von welcher es nur jene Auswüchse allmählig und freiwillig abstößt, die, wie z. B. die Intoleranz gegen Andersgläubige, seinen wirtschaftlichen Interessen im Wege stehen.

Am meisten ist diese Frömmigkeit, und zwar bis zu einer hochgradigen und von Aberglauben aller Art begleiteten Bigotterie, in Tirol ausgebildet. Doch läßt sich der tiroler Kaufmann, trotz des zu besorgenden Verdresses mit gewissen Herren, nicht mehr abhalten, an Sonn- und Feiertagen den Fremden und Einheimischen im offenen Gewölbe seine Waren zu verkaufen, der Führer nimmt keinen Anstand mehr, an solchen Tagen den Touristen auf die Berge zu geleiten, das Aufnöthigen des Fastens an gebotenen Fasttagen hat selbst in solchen Gasthäusern aufgehört, wo dies noch vor wenigen Jahren mit Unnahgiebigkeit geschah. Und so, wie es den Fremden wenig geniert, daß der Tiroler viel betet, auf Prozessionsgänge viel Zeit verwendet, bei heranziehendem Gewitter die Kirchenglocken läutet, an allen Ecken und Enden außer und in den Häusern den gekreuzigten Heiland

in riesigsten Formen, schlecht gemalte Muttergottes- und Heiligenbilder und eine Unzahl von Martertafeln anbringt, ebenso wenig kümmert sich heute der Tiroler um die Glaubensangelegenheiten des Fremden, welche ganz aufgehört haben, eine Störung des gegenseitigen guten Einvernehmens zu sein.

Es hat sich hierin in Tirol bereits manches geändert. Der emsige Gewerbsmann oder Bauer sowie die dienende Klasse nehmen keinen Anstand mehr, an Sonn- und Feiertagen nothwendige Arbeiten zu verrichten, und ich habe aus diesem Anlasse zu wiederholten malen die im Volksmunde sich einbürgernde Antwort gehört: „Arbeiten ist auch beten.“

So halte ich mich denn für vollkommen berechtigt, die Zunahme des Fremdenbesuches in unseren Alpenländern als ein wahres Glück zu bezeichnen, das aller Beachtung und der thünlichsten Förderung gewürdigt werden soll, denn es ist doch gewiß ein unberechenbarer materieller Vortheil für die Bewohner von Ländern, welche sich nicht in günstigen Subsistenzverhältnissen befinden, wenn ihnen Fremde für den Mitgenuß ihrer guten Luft, für den Aufenthalt in ihren schönen Thälern, für das Besteigen ihrer Berge Geld bringen, wenn ihnen eine Erwerbsquelle eröffnet wird, die sie zur Vermehrung ihrer Production zwingt und ihnen zugleich eine so bequeme Verwerthung derselben erschließt; denn leichter kann der Absatz des über den eigenen Bedarf producirt Ueberschusses nicht sein, als wenn eine große Anzahl von Consumenten ins Land kommt, um ihn daselbst gegen bare Zahlung aufzuzehren.

Präsidenten der Republik provisorisch proclamieren lasse, was am 30. Nov. geschah. Sodann lud er die Kaufleute der Stadt ein, zu ihm ins Palais zu kommen, woselbst er ihnen eröffnete, er müsse eine Anleihe von 500,000 Doll. machen. Dieselbe wurde ihm mit 1 Pct. per Monat bewilligt.

Zwischen den Parteien des obersten Gerichtspräsidenten Iglesias, der sich bekanntlich auch zum Präsidenten der Republik aufgeworfen hatte, und Diaz ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach Iglesias das ganze Cabinet der provisorischen Regierung und Diaz alle Staatsgouverneure ad interim ernennen sollte. Sechs Tage später verweigerte dies Iglesias, in der Annahme, daß er benachtheiligt und alle Vortheile der Diazpartei zugefallen seien. Er hatte sich deshalb eines Tages schon in Marsch nach der Hauptstadt gesetzt, war aber nebst den Truppen und seinem Cabinet nach Guanajuato zurückgekehrt — entschlossen seine Stellung gegenüber den Ansprüchen des Diaz nicht aufzugeben. Infolge dessen gingen am 28. November 5000 Mann nach Guanajuato ab, um die Regierung des Iglesias aufzuheben. Weitere 3000 wurden am 1. und 2. Dezember nachgesandt. Aber auch Iglesias verfügt über 8000 Mann, und diese begannen mit den Diaz'schen Mannschaften zu fraternisieren, so daß man begierig ist, was aus der Sache werden wird. Die Mehrheit der Truppen ist dem Iglesias geneigt. Inzwischen erfreut sich das Land dreier Regierungen — es hat einen gesetzlichen Präsidenten, einen Nebenpräsidenten und einen Militär-Dictator. — Diaz hat seine Minister selbst ernannt, der hervorragendste davon ist Riva Palacio.

Amerikanischer Parlamentarismus.

Eine interessante Schilderung der merkwürdigen und in den Annalen des Parlamentarismus unerhörten Szenen, welche sich jüngst in der Legislatur von Süd-Carolina abspielten, liefert ein Berichterstatter der „Times“, der Augenzeuge dieser Vorgänge war. Er beschreibt, wie nach den ersten stürmischen Angriffen, in welchen die beiden in demselben Versammlungsraume tagenden Legislaturen der Demokraten und Republikaner einander niederzuschreien suchten, allmählig eine Art Waffenstillstand eintrat, wo man sich gegenseitig Gehör schenkte und Compromißvorschläge erörterte und in praktisch bequemer Weise von den nebeneinander sitzenden Sprechern (Präsidenten) als Sprecher I. und Sprecher II. redete. Unter den 59 Republikanern sind nur 5 Weiße, während die 65 Demokraten nur einen Farbigen in ihren Reihen haben. Die Zeit der Blockade, in welcher keine von beiden Parteien das Staatenhaus zu verlassen wagte, um nicht von den Gegnern ausgesperrt zu werden, bot manche erbauliche Vorfälle. Man speiste und schlief im Hause, und die farbigen Gesetzgeber vertrieben sich die Zeit durch Abfingen von politischen Gassenbauern und sonstige tolle Kurzwelt.

Es gibt unter den farbigen Mitgliedern — schreibt der Correspondent im weiteren — recht tüchtige und gebildete Männer. Eine besondere Species ist Herr Hamilton. Ohne Bildung im gewöhnlichen Sinne und sehr eigenartig in Sprache und Grammatik, weiß er sich stets verständlich zu machen und in seiner Rede den Nagel auf den Kopf zu treffen. Er ist vielleicht etwas zu freigebig mit der Erwähnung seiner Pistole und seiner Schußfertigkeit, allein die ganze Atmosphäre ist mit Redensarten von Kampf und Pistolen geschwängert. Ich glaube, ich selbst, als der einzige Neutrale, bin auch der einzige unbewaffnete Mann im Hause. Mancher führt zwei oder drei Pistolen, um gelegentlich noch einen guten Freunde auszuhelfen zu können. Die Reporter auf der Journalistentribüne sind ebenso schwer bewaffnet, wie die Mitglieder des Hauses. Beide Parteien bewachen sich mit ängstlicher Sorgfalt, um nicht überlistet zu werden. Besonders die beanständeten Mitglieder werden scharf beobachtet, und nur diejenigen, deren Entschlossenheit und Furchtlosigkeit bekannt ist, wagen sich aus dem Hause. Einer beschrieb mir, wie er trotz des republikanischen Thürahüters wieder Einlaß gefunden. „Auf zehn Schritte,“ sagte er, „nahm ich den Mann scharf ins Auge — es war ein Auge, um wilde Bestien zu zähmen — und legte meine Hand auf einen großen Revolver, und wenn er nicht Platz gemacht, so hätte ich das Tageslicht durch ihn hindurchgelassen.“

Politische Uebersicht.

Kathak, 28. Dezember.

Auf der Tagesordnung der für heute einberufenen Sitzung des Herrenhauses befinden sich folgende Gegenstände: 1. Erste Lesung des Gesetzes, betreffend die zur Information des Curatelgerichtes erforderliche Vernehmung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragenen Theilschuldverschreibungen. 2. Zweite Lesung der Staatsverträge: a) betreffend den Handelsvertrag mit Großbritannien vom 5. Dezember 1876; b) betreffend die Verlängerung des Handelsvertrages mit Frankreich vom 11. Dezember 1866; c) betreffend den Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Fürstenthum Liechtenstein über Erneuerung, beziehungsweise Fortsetzung des zwischen Oesterreich-Ungarn und Liechtenstein bestehenden Zoll- und Steuervereins. 3. Zweite Lesung des Finanzgesetzes und Staatsvoranschlages für das Jahr 1877.

In Budapest hat vorgestern in Sachen der Bankfrage eine Volksversammlung stattgefunden; die Versammlung beschloß eine Petition an das Ministerium um Errichtung einer ungarischen Bank und eines selbstständigen Zollgebietes.

Die republikanische Linke der französischen Deputiertenkammer hat in einer am Sonntag stattgehabten Parteiversammlung die Ablehnung aller vom Senat mehrbewilligten Budgetposten beschlossen. Der Conflict, welcher sich infolge dieses Beschlusses zwischen Senat und Kammer ergeben dürfte, nimmt bereits die Aufmerksamkeit der pariser Journale in Anspruch. Es ist kein Zweifel mehr, daß die führende Partei im Senate den Conflict zu verschärfen sucht, um dem Marschall die Berufung eines conservativen Cabinets und die Auflösung der Deputiertenkammer als nothwendig erscheinen zu lassen. Indeß hofft die Regierung, daß es nicht gelingen werde, hiefür eine Majorität im Senate zusammenzubringen, und daß anderseits der gesunde Sinn der Deputiertenkammer den vollständigen Bruch zu verhindern suchen wird.

Die polnischen Blätter versichern, daß die russische Armee laut ausgegebener Parole am 29. Dezember den Bruch an sämtlichen Punkten überschreiten sollte, und daß jetzt die Ausführung dieses Planes nur durch die Erkrankung des Obercommandanten Nikolaj verzögert wird. Die Ernennung eines Substituten und Adlatus des Großfürsten soll demnächst erfolgen.

Die griechische Kammer beschleunigt ihre Arbeiten. Nach der Bewilligung des verlangten Credits von 10 Millionen für außerordentliche Rüstungen und nach Genehmigung der Vorlage, betreffend die Einberufung von 120,000 Mann, hat die Kammer weiter das von der Regierung vorgelegte Ministerverantwortlichkeits-Gesetz angenommen.

Die rumänische Kammer votierte eine Gesetzesvorlage, nach welcher die Gemeinden die Felder der einberufenen Reservisten bestellen und ihre Familien erhalten sollen. — Die in Anklagestand versetzten Ex-Minister Florescu und Lahovari sollten am 25. d. vor dem Kammergerichte erscheinen, dieselben weigerten sich jedoch, der Vorladung nachzukommen, sandten vielmehr eine schriftliche Erklärung, worin sie die Kammerbeschlüsse als illegal bezeichnen. Auf die gewaltsame Vorführung der Angeklagten wurde infolge dessen aus Furcht vor ernststen Demonstrationen verzichtet.

Die Bildung des neuen serbischen Ministeriums ist noch nicht erfolgt. Die Vorverhandlungen beziehen sich nicht nur auf Fragen der äußeren Politik; das neue conservatieve Ministerium wird auch in der inneren Politik, besonders der Skupschtina gegenüber, eine neue Richtung einschlagen müssen. Die Einberufung der Skupschtina wird vor der Entscheidung über Krieg und Frieden nicht erfolgen.

Die politische Stille, welche sonst während der Weihnachtstagsfeierzeit eintritt, ist diesmal durch zwei wichtige Ereignisse unterbrochen worden: die Verkündigung der türkischen Verfassung und die Eröffnung der eigentlichen Conferenzen in Konstantinopel. Die Publication der ersteren wurde von der Bevölkerung mit Jubel aufgenommen. Während einer allgemeinen Illumination fand auch eine Manifestation vor dem Palais statt. Der Sultan erschien an den Fenstern des Palais und ließ dem Volke durch den ersten Secretär danken. Man erwartet nunmehr die Publication eines kaiserlichen Erlasses, durch welchen das Decret vom 6. Oktober 1875, betreffend die Zinsenzahlung der öffentlichen Schuld (Reduction auf die Hälfte), aufgehoben werden soll. Desgleichen beabsichtigt der Großvezier schon nächstens, für einige Provinzen des Reiches christliche Statthalter zu ernennen.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Pera vom 23. Dezember: „Die Vertreter der Mächte scheinen entschlossen, falls die Pforte ablehnt, die Beschlüsse der Vorconferenz als Grundlage für die Conferenz gelten zu lassen, die diplomatischen Beziehungen mit der Pforte abzubrechen und Ignatieff mit der Ueberreichung des Ultimatus zu beauftragen. Die Pforte habe bisher die Annahme der Beschlüsse der Vorconferenz hartnäckig verweigert, unter Hinweis darauf, daß sie dieselben als Schaffung eines Staates im Staate betrachten müsse. Eine Vereinbarung ist jedoch noch nicht ausgeschlossen. Das Verlangen der Mächte, den Waffenstillstand auf weitere 14 Tagen zu verlängern, ist einstweilen seitens der Pforte unbeantwortet.“

Tagesneuigkeiten.

(Ein kaiserliches Geschenk.) Se. Majestät der Kaiser haben über Antrag des k. k. Oberkammerer-Amtes dem Offizierswäcker-Erziehungsinstitute zu Fernal ein prächtiges Silber-Speisewervice für 150 Personen allernädigt zu spenden geruht. Dieses von dem Hof- und Kammerfabrikanten J. E. Klinkosch angefertigte Service, dessen einzelne Theile mit dem Allerhöchsten Namenszuge geziert sind, wurde dem genannten Institute als Weihnachtsgabe des Allerhöchsten Kriegsherrn übergeben und ist dieses werthvolle Geschenk ein weiteres Zeichen der hohen Gnade und Fürsorge, welche Se. Majestät der Kaiser den Töchtern Seiner braven Offiziere widmet. Da auch mehrere Fabrikbesitzer durch die unzeitliche Vertheuerung des zur Ausfertigung für das Offizierswäcker-Institut zu Fernal nöthigen Porzellan- und Glas-services, sowie der sonstigen Einrichtung ihre patriotische Gesinnung

betätigt haben, so läßt sich hoffen, daß die durch den im vorigen Jahre ergangenen Aufruf Ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth angebahnte Vergrößerung und Verbesserung des genannten Institutes, Dank der wohlthätigen Gesinnungen, welche alle Kreise Oesterreich-Ungarns befehlen, einen gebrüchlichen Fortschritt nehmen werde.

(Eine Banknotenfälscher-Bande.) Seit geraumer Zeit wurden an den öffentlichen Kassen, bei Geschäftsleuten und Privaten falsche Bank- und Staatsnoten zu 10, 5 und 1 Gulden beanständet. Die Vermuthung schien zwar ganz gerechtfertigt, daß die Fälscherbande in Wien ihren Sitz habe, auf die Spur konnte man aber derselben bisher nicht kommen. Die Noten waren so kunstfertig ausgeführt, daß sie nur schwer von den echten zu unterscheiden waren und selbst geachtete Persönlichkeiten, denen falsche Noten in die Hände kamen, wurden die Opfer mancher Verlegenheit. Letzten Samstag abends wurde endlich ein Mitglied der Fälscherbande, der 35jährige Private Arpad Eisert aus Preßburg, im Bezirke Alfergrund arretiert und im Laufe der Nacht und des nächstfolgenden Tages sind sämtliche Mitschuldige des Eisert ansgeführt worden. Eisert hatte nämlich bei dem Greißler Philipp Kalschitzky auf dem Alfergrund, Adergasse Nr. 8, eine Kerze gekauft und zur Zahlung eine Fünfgulden-Staatsnote hingelegt, die anstandslos angenommen wurde. Mit der erhaltenen Kerze und dem Restbetrage von 4 fl. 90 kr. entfernte sich Eisert, um dasselbe Mandat bei einem Fragner in der Adergasse Nr. 1 auszuführen. Kaum hatte er sich aber entfernt, wurde die Note als unecht erkannt. Man verfolgte ihn und veranlaßte seine Arretierung. Der Angehaltene wies die Zumuthung, er stehe mit Fälschern in Verbindung, energisch zurück. Der Verdacht wurde aber dadurch bestätigt, daß man in seinem Besitze weder die kurz vorher gekauften zwei Kerzen, noch die erhaltenen kleinen Noten und Scheidemünzen, dagegen aber eine falsche und eine echte Fünfgulden-Note fand. Ein junger Mann von kleiner Statur, mit dem Eisert nach Verlassen des Greißlerladens gesprochen hatte, dürfte zweifelsohne Kerzen und Kleingeld in Empfang genommen haben. Dieser junge Mann, offenbar ein Mitschuldiger Eiserts, hatte sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht, wurde aber Sonntag verhaftet. Unmittelbar nach der Festnahme Eiserts wurde in dessen Wohnung, Lerchensfeldstraße Nr. 160, eine Revision vorgenommen, die aber keinen nennenswerthen Erfolg hatte. Man fand zwar rothe Farben, Tusch und ein Reißzeug, doch keine Fälschmate. Ueber Requisition des Centralarchivbureaus der Polizeidirection wurde Eisert Sonntag vormittags diesem zur weiteren Amtshandlung zugeführt. Die nun eingeleiteten Erhebungen hatten den besten Erfolg. Die Verfälscher der falschen Bank- und Staatsnoten, ein im Bezirke Josefstadt wohnhafter Lithograph und ein Graveur, sowie die Verschleißer, nämlich die Gattin des Lithographen und ein junger Mann, wurden im Verlaufe des Sonntags inhaftiert und des ihnen zur Last gelegten Verbrechens überwießen. Mit der Anfertigung der Fälschmate wurde zu Ende des Jahres 1873 begonnen und wenige Monate später gelangten die ersten unechten Noten in Verkehr. Seitdem sind für viele tausend Gulden falsche Bank- und Staatsnoten an den Mann gebracht worden.

(Treibjagden auf Wölfe.) Die Vicegespanschaftsbehörde in Sissel veranstaltete am 18. d. M. im Walde „Ravennit“ bei Roslavina mit 135 Jägern und 600 Treibern eine Treibjagd auf Wölfe. Es wurden 8 Wölfe ausgetrieben, von welchen 3 erschossen und 2 verwundet wurden, während 3 entliefen. Unter den erschossenen Wölfen befindet sich einer von außergewöhnlicher Größe, weshalb er auch an das Nationalmuseum eingeschickt wurde. Außerdem wurden noch vier Fische getödtet. Für den 30. d. M. wurde eine neuerliche Treibjagd anberaumt.

Lokales.

(Todesfall.) Am 26. d. verschied in Klagenfurt der k. k. Hauptmann in Pension, Herr Karl Garzarossi Ebler von Thurnlax.

(Von der Handels- und Gewerbekammer.) Heute um 5 Uhr nachmittags findet im städtischen Rathssaale eine ordentliche öffentliche Sitzung der krainischen Handels- und Gewerbekammer statt. Die Tagesordnung derselben besteht aus nachstehenden Punkten: 1. Vorlage des Protokolls der letzten Sitzung. 2. Geschäftsbericht. 3. Berichte der I. Section: a) über die Aufsicht der triester Kammer, betreffend die Einführung der Goldwährung in Oesterreich; b) über die Aufsicht der grazer Kammer, betreffend die unzulässige Anwendung der Gewichtseinheit von 50 Kilo. 4. Berichte der III. Section: a) über das Marktconventionsgesetz der Gemeinde Klagenfurt; b) über die Petition des Gewerbevereins in Litschen um Aufhebung aller ärarischen Manthen. 5. Allfällige sonstige Anträge.

(Ein Denkmal für Anastasius Grün und Nikolaus Lenau.) Unter dem Vorhabe Sr. Excellenz des Herrn Anton Ritter von Schmerling hat sich in Wien ein aus den Herren Eduard v. Banerfeld, Nikolaus Dumba, Wilhelm Franz Exner, Eugen Felsig, Ludwig August Frankl, Heinrich Jacques, Arthur Freiherr v. Löwenthal, Johannes Nordmann, Friedrich Schmidt, Franz Freiherr v. Somaruga und Leopold Stern zusammengesetztes Comité zu dem Zwecke gebildet, die Mittel zur Errichtung eines Denkmals für Anastasius Grün und Nikolaus Lenau aufzubringen. Dasselbe veröffentlichte soeben nachstehenden Aufruf: „Im Leben wie in der Literatur sind die „österreichischen Diodoreen“: Nikolaus Lenau und Anastasius Grün gleichen dichterischen wie freihistorischen Schritten mit einander gewandelt. Die Trauer um den einen, den wir jüngst verloren, ruft zugleich den Schmerz über den Verlust des vorläufigt Geschiedenen in österreichischen wie in allen deutschen Herzen wach. Der Gedanke, den beiden Freunden in Wien, wo sie sich zusammenfanden, auch ein gemeinsames, einfaches, doch ihrer würdiges Denkmal zu setzen, ist angeregt und mit vielfacher Zustimmung aufgenommen worden. Das unterzeichnete Comité, im Vertrauen

auf die Theilnahme des geehrten Publikums, hat sich vereinigt, diesen Gedanken zu verwirklichen, und behält sich vor, über die Form des Denkmals, den Platz der Aufstellung u. s. w. seinerzeit das Nähere mitzutheilen. Das Comité erlaubt sich nunmehr, zu beliebigen Beiträgen einzuladen, welche an den braunschweigischen Consul in Wien, Herrn Leopold Stern (Kärntnering Nr. 3), gefälligst abzuführen wären. Unsere Bitte geht ferner dahin, daß auch die Journale Geldbeträge für dieses Unternehmen in Empfang nehmen. Das Comité. — Wir erklären uns selbstverständlich mit Vergnügen bereit, Gelder zu diesem Zwecke in Empfang zu nehmen und dieselben gegen seinerzeitige Veröffentlichung der Spender in der „Laibacher Zeitung“ an das Comité zu befördern.

(Die Christbaumfeier der Laibacher freiwilligen Feuerwehr) versammelte Montag den 25. Dezember ein äußerst zahlreiches Publikum im Casinofestsaal. Der festlich decorierte Christbaum gewährte besonders den zahlreich erschienenen Kindern (am 100) große Freude. Nachdem die städtische Musikkapelle einige Piecen vorgetragen hatte, begann die Auslosung der vor den Mitgliedern der Feuerwehr gegenseitig gespendeten Christgeschenke. Sodann wurden die Kinder beiseite, und endlich erfolgte die Verlosung der gesammelten freiwilligen Spenden zugunsten des Krankenfondes der Feuerwehr. Der Losverkauf war ein sehr animierter und dürfte dem Krankenfonde ein namhafter Betrag zugeflossen sein. Nachdem Feuerwehrhauptmann Doberlet den Damen, welche die Sammlung freiwilliger Spenden übernommen hatten, sowie dem Festcomité und den bei der Kneipe mitwirkenden Herren den Dank des Vereines ausgesprochen hatte, begann die Festkneipe. Die Herren Schulz, Schischlar, Stöckl und Lachner trugen zwei sehr gelungene Quartette, Herr Foregg zwei Zitherpiecen vor; Herr Laiblin und Herr Petraschek erheiterten das Publikum mit ihren humoristischen Vorträgen. Die Kneipe beschloß das pyramidale Ritterstück: „Liebe kann alles, oder: Sie kriegen sich,“ welches von den Herren Schulz, Oberl, Finz, Petraschek und Arto trefflich gespielt wurde und die Lachmuskeln des Publikums in fortgesetzter Thätigkeit erhielt. Die Pausen wurden durch Vorträge der städtischen Musikkapelle ausgefüllt. Herrn Schulz gebührt für das treffliche Arrangement der Kneipe alle Anerkennung.

(Schloß Kneipe.) Wie seit einer Reihe von Jahren veranstaltet der „Laibacher Turnverein“ auch heuer eine Schloßkneipe. Dieselbe findet Samstag den 30. d. M. im Casinofestsaal der Casino-Restaurations statt; Beginn um 8 Uhr, Entrée 30 kr. Das Programm kündigt eine Serie von 10 komischen Piecen an, worunter wir insbesondere ein „Großes Ballet“ in fünf Abtheilungen und eine Theatervorstellung in bekannter Manier „Roderich der Furchtbare, oder: Liebe, Spund und Konjal, in einem traurigen Akte,“ hervorheben wollen. Auch die Vorführung einer „weltberühmten Menagerie“ mit mehreren hochinteressanten Kreuzungs-Abnormitäten — gleichfalls in bereits bagewesener Manier — wird versprochen. Den musikalischen Theil des Abends, der nach alledem sehr heiter zu werden verspricht, wird die Regimentsmusik besorgen und hiebei nachstehendes Programm executieren: 1. Overture zur Oper „Zampa,“ von Herold; 2. „Frische Geister,“ Walzer von Strauß; 3. Reminiscenzen aus der Oper „Faust“ von Gounod; 4. „Die beiden Grassmücken,“ Polka (für Piccolo) von Bouquet; 5. Fragmente aus der Oper „Mignon,“ von Thomas; 6. „Deutsche Lieder,“ Potpourri von Peters; 7. Fiedermans-Quadrille von Strauß; 8. Reminiscenzen aus der Oper der „fliegende Holländer,“ von Wagner; 9. „Du und Du,“ Walzer von Strauß.

(Verkehrsdrang der Südbahn.) Infolge einer am 22. Dezember zwischen den Stationen Raitovich und Pinguente auf der Linie Divacca-Pola der istrischer Staatsbahn stattgehabten Dammabrutschung kann der Personen-, Gepäck- und Eilgutverkehr nur durch Umsteigen, beziehungsweise Uebertragen, an der Unterbrechungsstelle vermittelt werden. Das Gewicht der einzelnen Gepäck- und Eilgutcolli muß auf fünfzig Kilogramm beschränkt bleiben. Der Frachtenverkehr ist eingestellt. Diese Unterbrechung dürfte vierzehn Tage dauern.

Theater.

(—g.) „D, diese Männer!“ des productionen Lustspiels dichters Julius Rosen neuestes Werk kennen zu lernen, wurde uns vorgestern Gelegenheit geboten. Dasselbe ist ein Koststück des wiener Stadttheaters geworden und wir finden es in jeder Richtung begreiflich, daß das Stück sowohl von Seite der Kritik wie des Publikums allerorts des ungetheilten Beifalls sich erfreute. Mögen auch ästhetische Bedenken vorliegen, welche man gegen Rosen'sche Lustspiele überhaupt und auch gegen sein jüngstes Werk stets zu erwähnen in der Lage ist, so müssen diese doch zurücktreten hinter der positiven Anerkennung, die man Rosen

zollen muß für seine ihm in hohem Grade eigene gründliche Kenntnis unserer modernen Lebensverhältnisse und für das besondere Geschick, mit dem er dieselbe in den zündendsten komischen Situationen zu verwerthen versteht, wodurch er aber auch schon die Hauptaufgabe erfüllt, die die Kritik an das sogenannte bürgerliche Lustspiel stellt. Rosen führt uns gewöhnlich nicht auf unwahrscheinliche Standpunkte, seine Charaktere sind unsere Nachbarn, unsere Freunde; warum also auch nicht wir selbst? In „D, diese Männer“ — finden wir doch auch Chorgen, welche, obgleich ganz lebenswahr wie die Geheimrätin „Schraube,“ doch mit prägnanteren Conturen als echt dramatische Figuren über das Niveau der Alltäglichkeit hervortreten. Sie mögen den Dichter wegen des possenhaften Brigschmacks, der dieser Rolle und namentlich auch der eigentümlichen Frustration des miteingeflochtenen Ehebruchversuches nicht abgeprochen werden kann, veranlaßt haben, sein Werk nicht als Lustspiel, welche Klasse ihm sonst sicher gebührt hätte, sondern als „Schwank“ in die Welt zu schicken. Unser Publikum amüsierte sich vorgestern vorzüglich und applaudierte freudig an richtiger Stelle.

Wenn wir heute der sonst üblichen Recensentengewohnheit nützen werden und vom Sujet nichts oder so wenig als möglich verrathen, so geschieht dies einerseits aus Schen, zu weit auszuholen zu müssen, andererseits aber deshalb, weil komische Situationen, wie sie uns vorgestern geboten wurden, sich ebenso schwer wiedergeben lassen, wie sie in der Darstellung die drastischste Wirkung bei niemandem verfehlen. Die Novität empfiehlt sich von selbst durch ihr kurzes aber erfolgreiches Vorleben und wir wünschen, daß unsere thätige Theaterleitung für ihren Eifer, mit dem sie auf die Laune der Theaterbesucher zu wirken versteht, bei der nächsten Reprise durch noch zahlreicheres Erscheinen aller Freunde der heitern Muse belohnt werden möge. Wir fästen uns zu diesem Ansprache umso mehr verpflichtet, als auch die Aufführung den empfindlichen Fleiß der Regie und der einzelnen Acteurs verrath.

Die „Geheimrätin Schraube“ wurde von Frau Ströhl sehr wirksam und doch mit richtiger Vermeidung der in diesem Genre so gefährlichen Klippe der Uebertriebung gegeben. Auch der unprätigiöse Pantomime „Morland“, der sich in seine ungewohnte Stellung als plöthlich rehabilitirter Herr des Hauses schwer zu schiden weiß, fand in Herrn Ströhl einen glücklichen Repräsentanten; Herr Frisch hat aus dem kalt rechnenden und zugleich glühend verliebten „Karl Walter“ eine consequente und äußerst komische Gestalt geschaffen, der wir noch mehr drastischen Erfolg prognostizieren möchten, wenn ihr mehr nervöse Aufgereiztheit beigegeben und die zuviel an den candidatus theologiae mahnende Maske mit einer bei modernen Affessoren üblicheren vertauscht würde. Die übrigen Damen und Herren waren, wie gesagt, nach Kräften bemüht, das Gelingen des Ganzen zu ermöglichen und zu erleichtern. So lange man übrigens Fräulein Bischof beibehält, hätte man nicht nötig gehabt, sich Fräulein Huemer von der Operette anzuleihen und so sehr wir sonst jede Beschäftigung der ersgennanten Dame an hervorragender Stelle verhorrescieren, so glauben wir doch, daß die unbedeutende Rolle der „Karoline“ in ihren Händen nichts verloren hätte. Dadurch aber wäre Fräulein Weidl für die „Helena“ frei geworden und Fr. Huemer einer ungewohnten Aufgabe überhoben gewesen.

2. Verzeichnis

derjenigen Wohlthäter, welche sich durch Abnahme von Erlösfacten zugunsten des Laibacher Armenfondes von den üblichen Besuchen am Neujahrstage, dann zu den Namens- und Geburtsfesten losgelassen haben.

(Die mit einem Stern bezeichneten haben auch von Namens- und Geburtstagsgratulationen sich losgelassen.)

- * Herr Dr. Johann Chrysoström Bogalar, Fürstbischöf von Laibach.
- * Dr. Anton Jarz, Domprobst.
- * Dr. E. Ritter v. Stöckl sammt Gemalin.
- * A. Malitsch sammt Familie.
- * Heinrich Rossi, k. l. Landesgendarmarie-Commandant.
- * Josef v. Redange, k. l. Landtastel-Director.
- * Karl Rhen, k. l. Oberfinanzrath a. D., sammt Familie.
- * Max Renner.
- * Michael Petermel, pensionirter Oberrealschulprofessor.
- * Wilhelm Mayr, Apotheker, sammt Gemalin.
- * Anton Knobloch, jubilirter Stadtkassier, sammt Frau.
- * Franz Knobloch, k. l. Oberlieutenant im Infanterie-Regimente Nr. 16.
- * Mathäus Rantl sammt Familie.
- * Frau Magdalena Ginzler.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“) **Wien, 28. Dezember.** Die „Politische Correspondenz“ schreibt: „Heute um 3 Uhr nachmittags fand unter dem Vorsitze des Kaisers ein gemeinsamer Ministerrath statt. Derselbe war ausschließlich der Berathung laufender Angelegenheiten gewidmet, womit sich alle aus diesem Anlaß in den Journalen bereits aufgetauchten Gerüchte von selbst erledigen. Wir sind zudem in die Lage gesetzt, diese Alarmgerüchte als ganz und gar erfunden zu bezeichnen.“

Lemberg, 27. Dezember. (N. fr. Pr.) Dem „Dziennik Polski“ wird gemeldet, daß Tschernajeff wegen Mißbrauchs mit jenen Geldbeiträgen, welche von den slavischen Unterstützungscomités gesammelt wurden, verhaftet worden sei.

Pest, 27. Dezember. (N. fr. Pr.) Die „Pester Correspondenz“ meldet aus Belgrad vom heutigen Tage: „Hier ist von der Verlängerung des Waffenstillstandes nichts bekannt. Während der letzten Tage wurde sämtlichen Milizklassen die Ordre gegeben, sich marschbereit zu halten. Das Kriegsministerium entwickelt eine fieberhafte Thätigkeit, um die Mannschaften mit dem Nöthigsten zu versehen. Bei der Bevölkerung hat die Marschordre einen deprimirenden Eindruck gemacht.“

Konstantinopel, 27. Dezember. Die „Agence Havas“ meldet: „Es scheint gewiß, daß die Pforte die Vorschläge der Mächte nicht en bloc zurückweisen, sondern gegen mehrere Punkte Einwendungen machen werde. Die Meinungen über eine Lösung sind getheilt; allein, obwol die Kriegspartei unter den Türken ziemlich zahlreich ist, scheint ein Einvernehmen doch nicht unmöglich. Mithad Pascha und Saouf Pascha scheinen persönlich die Friedenserhaltung zu wünschen. Die Bevollmächtigten scheinen, um den Widerstand der Pforte zu brechen, geneigt zu sein, über gewisse Details sich in eine Erörterung einzulassen, wenn nur die ausgesprochenen Prinzipien aufrechterhalten werden.“

Telegraphischer Wechselkurs

vom 28. Dezember
Papier - Rente 60.— Silber - Rente 65.70 — Goldrente 70.75 — 1860er Staats-Anlehen 109.40 — Bank-Aktien 816.— — Credit-Aktien 132.30 — London 125.65 — Silber 114.25 — R. t. Münz-Dulaten 5.97 — Napoleons'or 10.06 — 100 Reichsmark 61.95.

Angewandte Fremde.

Am 28. Dezember.
Hotel Stadt Wien. Mandelik, Wien. — Dr. Mally, Krainburg. — Stamschel, Sauerbrunn.
Hotel Stefani. Malner, Oberkrent, Iglaun. — Groß, Privat, Graz. — Schlesinger, Rfm., und Pickler, Reif., Wien. — Graf Pace, Ponomitsch. — Dgrinz, Krainburg. — Kowatsch, Kärnten. — Svetec, Littai.
Wohren. Mikauz, Birkniz. — Lanzer, Hblsm., Monsalcone. — Bergmann, Privat, Billach.
Wärischer Hof. Vogl, Graveur, Weißkirchen.

Theater.

Heute: Zum Vortheile des Schauspielers Karl Wallner: Gretchen's Polterabend. Preisgekröntes Lustspiel in 5 Acten von R. Kneifel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometrischer Stand in Millimetern auf 0° Reducirter	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wolken	Relativer Feuchtigkeitsgrad
27.	7 U. Mg.	746.47	-10.8	D. schwach	halbheiter	
	2 „ N.	742.88	-6.4	SD. schwach	heiter	0.00
	9 „ Ab.	742.56	-5.6	SD. schwach	sternhell	

Morgens roth, vormittags trübe, nachmittags heiter; Abends roth, Abends trübe. Das Tagesmittel der Temperatur — 7.6°, um 4.7° unter dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Auf mehrseitiges Verlangen:

Heute Freitag, abends 7 Uhr, im Fürstenhofe letztes Kammer-Concert,

veranstaltet von den Herren: Gerstner, Kretschmann, Moravec, Redwed und Zöhrer.

Programm:

- W. A. Mozart: Trio für Clavier, Violine und Violoncello (C-dur).
 - Ant. Rubinstein: Adagio aus dem Streichquartett op. 17 (As-dur).
 - F. Grieg: Sonate für Clavier und Violine op. 8.
 - L. v. Beethoven: Streichquartett, op. 18 (F-dur).
- Sitzplätze à 1 fl. sind abends an der Kasse zu haben.

Börsenbericht.

Wien, 27. Dezember. (1 Uhr.) Die Börse verkehrte in etwas besserer Stimmung als an den abgelassenen Feiertagen, gelangte jedoch nicht zur Entwicklung eines bedeutenden Umsatzes.

Selb. Ware		Selb. Ware		Selb. Ware		Selb. Ware	
Papierrente	67.— 67.35	Siebenbürgen	71.75 72.25	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	200.50 201.—	Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	99.50 100.—
Silberrente	66.— 66.20	Temeser Banat	71.— 71.75	Rafschau-Oberberger Bahn	88.50 88.75	Defferr. Nordwest-Bahn	87.75 88.—
Goldrente	70.80 70.90	Ungarn	73.— 73.50	Lemberg-Cernowitzer Bahn	110.— 110.50	Siebenbürger Bahn	55.75 56.—
Loft, 1839	262.— 268.—	Aktien von Banken.		Lloyd-Gesellsch.	— — —	Staatsbahn 1. Em.	153.75 154.—
„ 1854	105.75 106.—	Anglo-öftr. Bank	68.50 68.75	Defferr. Nordwestbahn	116.— 117.—	Südbahn à 3%	115.75 116.—
„ 1860	109.50 110.—	Creditanstalt	132.70 132.80	Rudolfs-Bahn	100.25 100.50	Südbahn à 5%	92.75 93.—
„ 1860 (Fünftel)	117.— 118.—	Creditanstalt, ungar.	99.50 99.75	Staatsbahn	256.— 256.50	Ung. Südbahn	57.20 57.40
„ 1864	129.— 130.—	Comptantbank	645.— 660.—	Südbahn	78.— 78.25	Devisen.	
Ung. Prämien-Anf.	69.50 70.—	Nationalbank	817.— 820.—	Zehrf-Bahn	— — —	Auf deutsche Plätze	61.10 61.30
Credit-L.	164.50 165.—	Defferr. Bankgesellschaft	— — —	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	75.— 76.—	London, kurze Sicht	125.80 125.90
Rudolfs-L.	13.50 13.75	Unionbank	46.75 47.25	Ungarische Nordostbahn	85.— 85.50	London, lange Sicht	126.— 126.10
Prämienanlehen der Stadt Wien	94.25 94.75	Rechtsbank	76.— 77.—	Ungarische Ostbahn	29.75 30.25	Paris	49.85 49.95
Donauegulationen-Post	105.— 105.50	Wiener Bankverein	58.— 58.50	Wiener Tramway-Gesellsch.	90.— 91.—	Geldsorten.	
Domänen-Pfandbriefe	140.— 141.25	Aktien von Transport-Unternehmungen.		Ung. öf. Bobracreditanst. (i. Gold)	106.— 106.50	Dulaten	5 fl 99 kr. 6 fl. — kr
Defferr. Reichs-Eisenbahne	97.— 97.15	Alföld-Bahn	92.75 93.25	Nationalbank (i. B.-B.)	89.25 89.50	Napoleons'or	10 „ 06 1/2 „ 10 „ 07
Ung. Eisenbahn-Anf.	97.— 98.—	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	342.— 344.—	Ung. Bodencredit-Anstalt (B.-B.)	85.50 85.—	Deutsche Reichsbanknoten	61.85 61.90
Ung. Schatzbons vom J. 1874	98.— 94.—	Elisabeth-Westbahn	185.50 186.—	Pfandbriefe.		Silbergulden	114.75 115.—
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien in B. B.	92.25 92.75	Ferdinand-Nordbahn	1770.— 1780.—	Ung. öf. Bobracreditanst. (i. Gold)	106.— 106.50	Krausische Grundentlastungs-Obligationen Privatnotierung: Geld 9.—, Ware —.—	
		Frank-Joseph-Bahn	121.50 122.50	Nationalbank	95.65 95.85	Credit 132.90 bis 133.—, Anglo 68.50 bis 68.75.	
				Ung. Bodencredit-Anstalt (B.-B.)	85.50 85.—		
				Prioritäten.			
				Elisabeth-B. 1. Em.	91.25 91.50		
				Ferd.-Nordb. in Silber	107.25 7.50		
				Frank-Joseph-Bahn	90.70 90.90		